

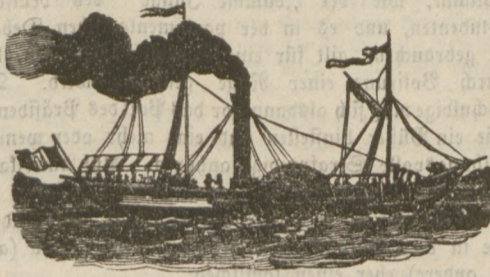
Danziger Dampfboot.

№ 42.

Dienstag, den 19. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschiffengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Stiefige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bureau
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau.
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Weimar, Montag 18. Februar.

Heute Morgen 9 Uhr starb hier der kaiserlich französische bevollmächtigte Minister Baron Delcastel.

Wien, Montag 18. Februar.

Der folgende Erlaß der kaiserlichen Regierung wurde den heute zusammengetretenen Landtagen kundgegeben:

Bei der Einberufung des außerordentlichen Reichsraths wurde der Kaiser von der Absicht begleitet, allen nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern die Abgabe des durch das Patent vom September 1865 in Aussicht gestellten gleichgewichtigen Botums bezüglich der Lösung der Verfassungsfrage zu sichern und gleichzeitig die Basis zur Verständigung und Ausgleichung der auch in diesen Ländern vorwaltenden verschiedenen Rechtsansprüche und Rechtsauffassungen zu bieten. Die Absicht des Kaisers fand nicht überall die gehoffte Würdigung, sie war vielmehr vielfach der Mißdeutung ausgesetzt, als gedenke die Regierung hierdurch die durch das Oktoberdiplom und das Februarpatent zugesicherten verfassungsmäßigen Rechte zu schmälern oder gar dauernd zu entziehen. So sehr die Regierung eine solche Auffassung beklagen und als unbegründet bezeichnen müßte, so wenig konnte sie sich darüber täuschen, daß auf diese Art der im Auge gehaltene Zweck wesentlich gefährdet erschiene. Zu diesen Erwägungen trat seither noch ein sehr wichtiger folgenreicher Umstand hinzu, welcher das Beharren auf dem eingeschlagenen Wege nicht mehr zweckmäßig erscheinen lassen konnte. Die seitberigen Verhandlungen führten zu dem erfreulichen Resultate, daß von Seiten des ungarischen Landtages zuversichtlich die Zustimmung zu Anträgen zu hoffen ist, welche die Machtstellung der Gesamtmonarchie zu wahren geeignet sind und in ihrer Durchführung die gedehnte Entwicklung derselben in Aussicht stellen. Als Vorbedingung für die praktische Durchführung des Ausgleichs erschien die Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums für Ungarn. War es ein Gebot politischer Nothwendigkeit, mit dem definitiven Ausgleich Ungarn gegenüber nicht länger zu zögern, so vermochte die Regierung sich einer Täuschung darüber nicht hinzugeben, daß ein ungarisches Ministerium die vereinbarte Grundlage des Ausgleichs vor dem ungarischen Landtage vertreten müsse. Hierdurch wurde der Grundgedanke, welcher bei Berufung des außerordentlichen Reichsraths vorgewaltet, überholt, und es trat die wichtige Frage heran, ob bei dieser Sachlage nicht im Interesse des Reiches von der Berufung des außerordentlichen Reichsraths abzugehen sei. Die Regierung mußte sich, von folgenden maßgebenden Gesichtspunkten geleitet, für Bejahung dieser Frage entscheiden. Seit einer langen Reihe von Jahren krank die konstitutionelle Organisation der Monarchie an bisher unlösbar gebliebenen Widersprüchen zwischen den älteren Rechten der ungarischen Verfassung und den freiheitlichen Institutionen, deren Durchführung in der Gesamtmonarchie der Kaiser sich zur Lebensaufgabe gemacht hat. Vor Behebung dieses Konfliktes ist eine Wiederherstellung der Größe und weltgeschichtlichen Stellung des Kaiserstaates im europäischen Staatensysteme nicht zu erhoffen. Bei den durch die letzten unheilvollen Ereignisse geschaffenen Verhältnissen ist jede Verzögerung des Ausgleichs mit den entschiedensten Nachtheilen verbunden. Tritt der Ausgleich jedoch in's Leben, so erscheint zugleich der Zweck erreicht, welcher der mit dem Septemberpatente verfügten Siftirung zu Grunde lag. Diese wegen Einleitung einer Verständigung mit Ungarn ergriffene Maßregel ist fortan nicht mehr nothwendig. Die Rückkehr in die verfassungsmäßige Bahn ist von selbst gegeben und der Regierung Gelegenheit geboten, dem verammelten Reichsrathe über die gepflogene Verhandlung Aufschlüsse zu ertheilen und ihre Schritte zu rechtfertigen. Der Kaiser verordnete demnach mit Entschiedenheit vom 4. Februar, daß von einer Einberufung des außerordentlichen Reichsraths abzukommen sei, der verfassungsmäßige Reichsrath am 18. März in Wien zusammenzutreten habe und demselben die rücksichtlich des Ausgleichs mit Ungarn nothwendigen Verfassungsänderungen zur Annahme vorgelegt werden sollen. Dem Reichsrathe werden sofort noch Gesetzeswürfe über die Entsendung von Deputirten in den Berathungsrath für gemeinsame Angelegenheiten, über Ministerverantwortlichkeit, Modifizirung des §. 18 des

Februarpatentes, über Erweiterung der verfassungsmäßigen Autonomie der einzelnen Länder, über eine neue Wehrverfassung, über Verbesserung der Rechtspflege und Hebung der volkswirtschaftlichen Interessen vorgelegt werden. Die Regierung hofft zuversichtlich, daß die Landtage sofort zur Wahl der Mitglieder für den verfassungsmäßigen Reichsrath schreiten und hierdurch beitragen werden, die nur allzulange fortbauende Verfassungskrisis zu beenden.

Pesth, Montag, 18. Februar.

Ein in der heutigen Sitzung des Unterhauses verlesenes königliches Reskript willfahret der Bitte um Siftirung des Wehrpatentes, welches nunmehr der verfassungsmäßigen Behandlung zugewiesen wird, verheißt die Herstellung der Verfassung und die Einsetzung eines Ministeriums für Ungarn, zu dessen Präsidenten bereits Graf Andrássy ernannt wird. Die Verlesung wurde von stürmischen Claqueurs begleitet. Der Präsident des Unterhauses beantragte die Abfindung einer Dankdeputation an Se. Majestät. Graf Andrássy versprach die baldige Vorlegung seiner Ministerliste.

Florenz, Montag 18. Februar.

Der König empfing den außerordentlichen Gesandten des Königs von Griechenland, Conduriotis. Zu Ehren der Ankunft des Fhrn. v. Rübeke findet bei Hofe ein Diner statt.

Konstantinopel, Sonntag 17. Februar.

Die angeblichen Forderungen des Vicekönigs von Aegypten, betreffend die Posttrennung Aegyptens, werden von der türkischen Regierung offiziell als tendenziöse Erfindungen bezeichnet.

London, Montag 18. Februar.

Verschiedenen Gerüchten gegenüber wird offiziell veröffentlicht, daß die Prinzessin von Wales seit mehreren Tagen an einem gefährlichen Rheumatismus leidet. — Irland ist ruhig.

Politische Rundschau.

Der Reichstag ist allem Vermuthen nach so zusammengesetzt, daß die Majorität den Herrenhauspräsidenten Grafen zu Stolberg-Wernigerode wählt. Daran gedacht haben die Conservativen schon. Ihre Freude über das Resultat ist um so größer, als die ersten Berichte über den Ausfall der Wahlen ausschließlich zu Gunsten der Liberalen sprachen. Von den dotirten Generalen sind alle bis auf Herwarth v. Bittenseld und Koon gewählt; ersterer kommt wohl bei der engeren Wahl noch durch. Von den Ministern tritt nur Bismarck als Mitglied in das Parlament, vielleicht auch Graf Ikenlyb. Am 25. Februar findet die erste Sitzung des Reichstages statt, die das älteste Mitglied eröffnet und so lange leitet, bis die Mandate der absoluten Majorität für richtig befunden sind. Daß so manche Wahl kasirt werden wird, scheint schon jetzt ausgemacht zu sein. Das Parlament vertheilt sich durch das Loos in Abtheilungen, und aus den Abtheilungen bilden sich die Kommissionen. Es ist kein besserer Modus bis jetzt ausfindig gemacht, und darum muß der Reichstag dabei stehen bleiben. Daß die Rednertribüne für das Parlament fortfällt, liegt an den Raumverhältnissen des Herrenhauses. Es schadet nicht, wenn die Redner ohne Tribüne auszukommen genöthigt sind; im englischen Unterhaus spricht auch Jeder vom Platz. In der letzten Session unseres Abgeordnetenhauses waren die Fälle selten, wo Jemand die Tribüne bestieg.

Wie man hört, fassen die Bundesregierungen ihre eingegangenen Verbindlichkeiten und ihre Stellung zu dem Verfassungs-Entwurf dahin auf, daß Änderungen ihrer Zustimmung bedürfen, ohne den Entwurf auf-

zuheben. Dagegen kann der Entwurf erst Bundesgesetz werden und die Bundesverfassung erst in Kraft treten, wenn die Zustimmung des Parlaments und der Einzelkammern erfolgt ist. Ohne die letzteren können die finanziellen Lasten überall nicht auferlegt werden. Auch könnten beispielsweise die Bestimmungen der Verfassung über den Hochverrath gegen den Bund ohne die Zustimmung des Parlaments und der Kammern niemals Gesetzeskraft in Preußen erlangen. Alle möglichen einseitigen Engagements der Bundesregierungen können hierin nichts ändern.

Die Ministerkrisis in Oesterreich scheint immer noch ihr Ende nicht erreichen zu können. Es soll sich bei der Ministerfrage nur scheinbar um die Personen handeln und die Sache tiefer liegen. Das allseitige Einverständnis über die wichtigsten Punkte, sagt man, fehle, und die Schwierigkeiten würden, allem Anscheine nach, von jenen deutsch-österreichischen Staatsmännern gemacht, auf deren Eintritt in das Cabinet bisher gerechnet worden sei. Man findet es übrigens begreiflich, daß Angesichts der Erfahrungen, welche die Deutschen in Oesterreich gemacht hätten, die Führer der Deutschen, welcher Partei sie auch immer angehören, nicht Lust hätten, ohne ein klares, detaillirtes Ministerprogramm in ein Cabinet zu treten, das wenigstens zum Theile noch aus Mitgliedern besteht, die der Siftirungs-Politik zugestimmt haben. Auch dürfte man sich nicht verhehlen, daß unter Deutschen und Slaven die Zahl derjenigen sehr groß ist, welchen die Zugeständnisse an Ungarn viel zu weit gehen.

Diese weitgehenden Zugeständnisse versuchen sich indes die Cechen zu Nutzen zu machen, indem sie für sich dieselben Rechte in Anspruch nehmen, welche den Ungarn zugestanden werden. Die czechische Partei will nach der Publication des ungarischen Ministeriums auch für Böhmen die Errichtung eines eignen Landesministeriums fordern. Das Verlangen wird folgendermaßen motivirt: „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Selbstständigkeit der böhmischen Krone zu schützen und dahin zu streben, daß das Werk des verfassungsmäßigen Ausgleichs auf eine consequente, für alle österreichischen Länder gleich vortheilhafte und gerechte Weise vollendet werde. Wird der ungarischen Krone ein eigenes Landesministerium gegeben, dann ist es wohl Recht, daß auch die böhmische Krone für Angelegenheiten, welche keine Reichsangelegenheiten sind, ein eigenes, mit den übrigen nicht-ungarischen Ländern keineswegs gemeinsames Ministerium erhalte.“ — So wären denn endlich die czechischen Politiker glücklich an dem Punkte angelangt, die Ungarn dießseit der Leitha zu „spielen“.

— Unser König und unser Kronprinz begeben sich Dienstag Vormitt. 11 Uhr zum Besuche des sächsischen Hofes nach Dresden. Die Rückkehr findet Mittwoch Abend statt. Generaladjutant Treskow begleitet sie.

— Bei den Wahlen zum norddeutschen Reichstage sind in den 6 Berliner Wahlkreisen überhaupt abgegeben worden 67,532 gültige Stimmen; davon erhielten die Hauptcandidaten der liberalen Partei 46,505, die der conservativen Partei 19,156 Stimmen.

— Gegen die Berliner Wahlen insgesamt soll von conservativer Seite ein Protest vorbereitet werden, der sich auf das nicht „ortsübliche“ Verfahren des Magistrates, keine Einladungskarten an die Wähler zu schicken, stützen soll.

— Wie man hört, wird die königliche Staatsdruckerei auf der Pariser Ausstellung verschiedene Gold- und Werthpapiere ausstellen, wozu besondere

Glaspinde, von zwei Seiten mit Spiegelglas versehen, angefertigt werden, in denen das Papiergeld so ausgestellt sein wird, daß es von beiden Seiten sichtbar ist.

Der Cultusminister v. Mähler hat erklärt, kein Bedenken gegen die Abhaltung der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Hildesheim zu haben, und daß er davon bereits das königliche Gouvernement in Hannover zur weiteren Förderung der Angelegenheit in Kenntniß gesetzt habe. Sonach wird die deutsche Lehrerversammlung zum ersten Male in Preußen tagen.

Der Divisions-Auditeur der zweiten Division, Hauptmann a. D. Justizrath Pflüger, ist zum Ober-Auditeur und ordentlichen Mitgliede des General-Auditoriums mit dem Prädikat eines Wirklichen Justizraths ernannt worden.

Vor den Wahlen hielten sich mehrere Tage Wahlagenten aus Dänemark in Schleswig auf, die die Parteigenossen besuchten und die Versicherung hinterließen, die Diäten für die Abgeordneten dänischer Partei würden von Kopenhagen aus bezahlt werden.

Eine Anzahl dänisch gesinnter Geistlicher in Nordschleswig hat um Sistrung der Eidesleistung ersucht, aber, wie sie selbst glauben, wird die Bitte wohl erfolglos bleiben und sie abdanken müssen.

Man berichtet aus Warschau: Vor einigen Tagen fand man unweit der neuen Weichselbrücke einen Menschen an der Straße liegend; bewußtlos und aus mehreren Kopfwunden blutend, wurde derselbe in ein benachbartes Haus gebracht, wo er zu sich kam und in ihm ein hiesiger Parvicar erkannt wurde. Derselbe hatte, wie er später ausagte, am Tage vorher über die Pflichten gegen die Obrigkeit gepredigt und die Zuhörer ermahnt, die Obrigkeit als von Gott eingesetzt anzusehen und ihr zu gehoramen. Als er nun von einem Spaziergange von Praga her nach Hause zurückkehrte, haben ihn sechs junge Leute angehalten, und nach dem Ausruf: „Du Verräther, wie kannst Du als Pole und Katholik eine solche Predigt halten, wie die gestrige!“ schlugen sie mit Steinen auf ihn los, so daß er bald ohne Bestimmung zu Boden gesunken. Wie er von der Brücke auf die Stelle gekommen, wo man ihn gefunden, wußte er nicht anzugeben. Von den Angreifern ist bis jetzt keiner entdeckt.

Die zwanzig Arbeiter, welche vor acht Tagen in der Kohlengrube „Bon Duvour“ (Belgien) durch das Einstürzen des Schachtes verschüttet wurden, haben sämmtlich ihren Tod darin gefunden. Alle Anstrengungen, zu ihnen zu gelangen, stellten sich als fruchtlos heraus.

Die französischen Gewehrfabrikanten haben sich bereit erklärt, vom 1. März an monatlich 50,000 Chasserotgewehre zu liefern, so daß die französische Armee bis zum 1. Februar 1868 mit 600,000 dieser Hinterläder ausgerüstet sein kann.

Seit einiger Zeit hält sich in Rom ein piemontesischer Priester mit dem ominösen Namen Bosco auf, dessen Verehrer von zahlreichen Wundern zu erzählen wissen, die der „Heilige“ täglich wirkte. Man bringt viele Kranke zu ihm, deren Leiden jedoch gewöhnlich den Befehlen des Wunderthäters hartnäckig widerstreben.

Der Plan zur Reorganisation des englischen Heeres ist so weit vorgeschritten, daß die Regierung hofft, ihn ehestens dem Parlamente vorlegen zu können. Basis des stehenden Heeres soll fortan die Miliz sein und die Dienstzeit von 10 auf 12 Jahre erhöht werden, von denen 7 auf den activen, 5 auf den Militzdienst fallen. Denjenigen, die länger dienen wollen, werden verschiedene Vergünstigungen geboten werden. Alles in Allem wird sich diese Reorganisation ohne bedeutende Mehrkosten nicht durchführen lassen, und in dem Kostenpunkte wird die Hauptschwierigkeit liegen.

Die Kinderpest, die man in London für vollständig beseitigt hielt — es wurden schon Dankgebete in den Kirchen, für die Abwendung der Seuche befohlen, verlesen — ist dieser Tage wieder plötzlich ziemlich heftig in der Hauptstadt selbst wieder aufgetreten. In einer der Milchwirthschaften im Norden der Stadt, wo im Jahre 1865 der erste Ausbruch konstatiert und in Folge dessen von 123 Stück Vieh des Etablissements 46 krank und 50 gesunde Thiere, die mit ersteren in Kontakt gekommen waren, geschlachtet wurden, kamen im Laufe der vergangenen Woche 28 Anfälle der Seuche vor. Wie sich von selbst versteht, wurden auch die noch nicht angesteckten Thiere, 16 Stück, sofort getödtet und überhaupt alle Vorsichtsmaßregeln beobachtet, um das weitere Ausbreiten des Uebels zu verhüten. Seit dem ersten Auftreten der Kinderpest in Großbritannien wurden 253,860 Thiere davon befallen und 52,541 Stück gesunde der Vorsicht halber geschlachtet.

In Chester ist wieder alles ruhig, die Feiner sind spurlos nach allen Seiten verschwunden. Daß sie Spione in ihrer Mitte hatten, geht am Besten daraus hervor, daß die Polizei ganz genau die Zahl der angekommenen Fremden wußte.

Sehr unerquickliche persönliche Reibungen haben die letzten Sitzungen des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten gekennzeichnet. In zwei Fällen ließen sich demokratische Abgeordnete in der Hitze der Debatte dazu hinreißen, die Aeußerungen republikanischer Redner als Lügen zu bezeichnen. Nun ist bekanntlich in England und Amerika das Wort „Lüge oder Lügner“ der schwerste „touche“, — mindestens so schlimm, wie der „bumme Junge“ des deutschen Studenten, und es in der parlamentarischen Debatte zu gebrauchen, gilt für ein förmliches Vergehen, das durch Votirung einer Rüge geahndet wird. Der Schuldige muß sich alsdann vor das Pult des Präsidenten wie ein Döner hinstellen und eine mehr oder weniger salbungsvolle Strafpredigt anhören. Auf Americaner macht ein solcher Vorgang einen höchst peinlichen, um nicht zu sagen erschütternden Eindruck, auf Andere, die in diese Wickwiderei nicht hineinerzogen sind (aber in andere) eher einen komischen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 19. Februar.

Die amtlichen Meldungen über die definitiv vollzogene Wahl in der Provinz Preußen sind folgende:

Reg.-Bez. Königsberg. 1) Memel-Heidenburg. General v. Moltke, (kons.) 2) Labiau-Wehlau. Prinz Friedrich Karl von Preußen (kons.) 3) Stadt Königsberg. General Bogel v. Kaldenstein (kons.) 4) Kreis Königsberg-Fischhausen. Landrath Febr. v. Hüllessem (kons.) 5) Heiligenbell und Pr. Eylau. Landrath Kalkstein (kons.) 6) Braunsberg-Heilsberg. Geh. Reg.-R. Krätzig in Berlin (kons. ultram.) 7) Pr. Holland-Mohrungen. v. Below-Hohendorf (kons.) 8) Osterode-Neidenburg. Landrath v. Pezühlhen (kons.) 9) Allenstein-Rössel. Engere Wahl zwischen Febr. v. Hoberbeck (lib.) und Kreisger.-Dir. Verdina in Rössel (kons.) 10) Rastenburg-Gerdauen-Friedland. v. Romberg-Gerdauen. (kons.)

Reg.-Bez. Gumbinnen. 1) Elst-Neiderung. Graf Kaiserling-Rautenburg (kons.) 2) Ragnit-Pillkallen. Landrath Schmalz (kons.) 3) Gumbinnen-Insterburg. Ambrath Vietz (kons.) 4) Stallupönen-Goldap-Darkehmen. Gen.-Lieut. a. D. v. Schüz in Potsdam (kons.) 5) Angerburg-Löben. Graf Lehndorf-Steinort (kons.) 6) Dieplo-Loth.-Johannisburg. Gutsbes. Stimpson-Georgenburg (kons.) 7) Sensburg-Drielsburg. Partikulier Lysza (kons.)

Reg.-Bez. Danzig. 1) Elbing-Marienburg. Geh. Reg.-Rath v. Brauchitsch (kons.) 2) Kreis Danzig. Minister a. D. v. Auerswald (alllib.) 3) Stadt Danzig. Engere Wahl zwischen Stadter. Rath Westfen in Berlin (lib.) und Justizrath Martens (alll.) 4) Neustadt-Garthaus. Gutsbesitzer E. v. Czarlinski-Brachnowko (poln.) 5) Berent-Pr. Stargardi. Landschaftsrath Zadkowski zu Kippiden (poln.)

Reg.-Bez. Marienwerder. 1) Stuhm-Marienwerder. Engere Wahl zwischen Gen.-Landst. Dir. v. Rabe-Besnau (kons.) u. Gutsbes. Doniminski (poln.) 2) Kosenberg-Löbau. Engere Wahl zwischen Gutsbes. Rozyd (poln.) und Landrath a. D. v. Brunne & Jacobau (kons.) 3) Graubenz-Strasburg Abg. v. Hennig (lib.) 4) Thorn-Culm. Justizrath Dr. Meyer in Thorn (lib.) 5) Schwes. Rittergutsbes. Wisselint-Laichau (kons.) 6) Conitz. Kreisrichter Defowski (poln.) 7) Schlochau-Platow. Propst Krolkowski (poln.) 8) Dt.-Crone. Landrath Graf zu Eulenburg (kons.)

(Im Ganzen: 18 konservativ, 2 liberal, 2 allliberal, 3 Polen, 5 unentschieden.)

Aus allen Theilen des Landes ist die Klage über die Mangelhaftigkeit der Wahllisten eine ganz allgemeine. Die Methode, es dem guten Willen der Hausbesitzer zu überlassen, ob sie die in ihrem Hause Wohnenden in die Wahlliste aufnehmen wollen oder nicht, d. h. also praktisch genommen, ob sie ihnen das Wahlrecht lassen wollen, ist durch die letzte Erfahrung vollständig gerichtet. Es ist rein illusorisch, wenn man sagt, daß Jeder sich ja bei dem Ausliegen der Wahllisten überzeugen könne, ob sein Name darin steht. Das Interesse an der Wahl erwacht bei den meisten Personen erst, wenn die kurze Zeit, in welcher die Wahllisten ausliegen, längst vorüber ist. Aber selbst wenn sie ein Interesse unmittelbar daran haben, so ist es den arbeitenden Klassen, und um diese handelt es sich ja dabei vorzugsweise, doch nicht möglich, die Listen einzusehen, ohne einen Arbeitstag dabei zu verlieren. Erwartet man, daß der ländliche Wähler eine Reise vielleicht von einigen Meilen nach der Kreisstadt machen werde, um sich zu überzeugen, daß sein Name auch in der Wahlliste steht? Selbst in einer großen Stadt ist es nicht einmal möglich. Denn, wenn alle hiesigen Wähler sich überzeugen wollten, ob ihr Name in der Wahlliste sich befindet, so wird es absolut unmöglich sein, daß sie in der Zeit, wo die Listen ausliegen, Alle zum Zimmer des Rathhauses gelangen könnten, geschweige, daß sie dieselben nachsehen könnten. Die Listen müssen also mindestens

in den einzelnen Bezirken der Städte und in den einzelnen Dörfern ausgelegt werden, wenn die Kontrolle nicht ganz illusorisch sein soll.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die bezügliche Bestimmung des Verfassungs-Entwurfs für den norddeutschen Bund die Nichtgewährung von Diäten an die Parlaments-Abgeordneten in einer Fassung ausspricht, durch welche auch die Seitens der Wähler aufzubringende Entschädigung untersagt ist. Für das gegenwärtig zusammentretende Parlament ist diese Bestimmung allerdings noch nicht verpflichtend; es läßt sich daraus aber auf die Auffassung schließen, die die Regierung Preußens von dem Diätenfonds hat.

[Eingesandt.] Eine der brennenden Fragen des norddeutschen Parlaments wird jedenfalls die Flottenfrage resp. Anlage von Kriegshäfen und Stationen sein. Das Project der Anlage eines Kriegshafens bei Dönhof dürfte jedenfalls wieder in Anregung kommen. Bei der Entstehung der preussischen Marine war man hier mehrseitig gegen eine Station derselben in unserm Hafen eingenommen, weil man behauptete, unsere Schifffahrt würde dadurch gestört werden. — Wie wenig das aber der Fall gewesen, hat die Erfahrung gelehrt, und haben sich im Gegentheil die Gewerbetreibenden, die Hauseigenthümer, die Ladenbesitzer u. s. w. so gut bei der Station der Schiffe hier gestanden, daß sie die Uebersiedelung derselben nach Kiel sehr merklich gefühlt haben. Wir fragen nun ganz einfach, wer kann in dieser Angelegenheit Danzig besser vertreten, ein Berliner oder ein Danziger, und wessen Stimme wird im Parlament mehr Wirkung haben? Die Beantwortung dieser Frage ist wahrlich nicht schwierig, und können wir nur allen Danzigern in ihrem eigenen Interesse rathen, Herrn Justizrath Martens ihre Stimme zu geben.

Eine sichtlich sachverständige Feder bestätigt die s. B. ausgesprochene Ansicht, daß die Entsendung der „Vineta“ an die chinesischen Küsten den dortigen Piraten keinen allzu großen Schrecken einzujagen werde. Leider besitzt die preussische Kriegsmarine bis jetzt kein Schiff, welches sich zur Piratenverfolgung eignete; eine schwere Corvette, wie die „Vineta“, paßt dazu ihres großen Tiefganges wegen gar nicht. Und die jetzigen Kanonenboote um das Cap der guten Hoffnung zu schicken, daran denkt man doch wohl im Ernste nicht. Daher mögen unsere am ostasiatischen Handel beteiligten Händler und Kaufleute auf jene Nachricht nicht zu große Hoffnungen bauen! Es ist sehr zu bedauern, daß an die Ausfüllung der genannten sehr fühlbaren Lücke in der preussischen Marine nicht gedacht wird. Ein halbes Duzend großer, seefähiger Kanonenboote, wie sie für auswärtige Stationen unentbehrlich sind, würde sich auf unseren Privat-Schiffswerften mit Leichtigkeit in einem Jahre herstellen lassen. Und sollte es jetzt, da die norddeutsche Kriegsmarine den norddeutschen Handel auf allen Meeren und in allen Welttheilen schützen soll, etwa nicht an der Zeit sein?

Von der Königl. Marine sind folgende in neuester Zeit vorgekommene Personalveränderungen zu berichten: Beyreiß ist zum Maschinenbau-Ingenieur, Paschen zum Schiffsbau-Unter-Ingenieur, Hünge zum Maschinenbau-Unter-Ingenieur bei der hiesigen Königl. Werft, Zanisch zum Marine-Werft-Kendanten beim Depot Stralsund, Fingerhut zum Marine-Controleur bei der Werft in Kiel, Grunskel zum etatsmäßigen Marine-Controleur und Boyda zum Werkführer in der Maschinenbau-Anstalt hieselbst, Czernedi zum Marine-Lazareth-Inspektor in Friedrichsort, Gramlich zum Marine-Apotheker, Brederlow und Petry zu Kiel resp. Danzig als Werkstattschreiber, Schulz und Rode zu Magazin-Ausschere hieselbst ernannt.

Die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft wird schon in nächster Zeit mit dem Abstecken der Strecke von Kößlin über Schlawa nach Stolp zur Fortsetzung der hinterpommerschen Zweigbahn vorgehen.

Der Herr Gerichts-Assessor Schmidt aus Marienwerder ist als Stadt- und Kreisrichter zur hiesigen Gerichtsbehörde versetzt worden.

Die Plehnendorfer Schleiße ist, nachdem die Weichsel von der Eisbede vollständig befreit und das Hochwasser zur normalen Höhe zurückgekehrt ist, heute für den Schiffsverkehr geöffnet worden.

[Weichsel-Expedient vom 18. Februar.] Bei Terespol-Culm regelmäßig; bei Warlubien-Graubenz regelmäßig; bei Czernwinst-Marienwerder per Bahn bei Tag und Nacht.

Im Rettungshause zu Ohra-Niederfeld soll eine Unterlehrerstelle besetzt werden, wozu Meldungen Befähigter vom Herrn Consul Hebel entgegen genommen werden.

